

SPD demokratischer pressediens

P/XXVII/240

14. Dezember 1972

Willy Brandts zweite Kanzlerschaft

Große Aufgaben in der siebten Legislaturperiode
Seite 1 und 2 / 52 Zeilen

Die "neue politische Mitte"

SPD/FDP-Bündnis greift auch CDU-regierte
Länder an

Von Wilhelm Dröscher MdL
SPD-Landesvorsitzender und Oppositionsführer
in Rheinland-Pfalz

Seite 3 und 4 / 59 Zeilen

Gute Erfahrungen mit ausländischen Lehrern

Erfolgreiches Experiment in der Hansestadt
Bremen

Von Moritz Thape
Senator für Bildung, Wissenschaft und Kunst
der Freien Hansestadt Bremen

Seite 5 und 6 / 50 Zeilen

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

"Zuerst das Reich Gottes"

Seite 7 bis 9 / 110 Zeilen

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 12, Heusesallee 2-10
Postfach: 120 406
Pressenhau 1, Zimmer 217-224
Telefon: 22 50 37 - 38
Telex: 585 546 / 585 547/
585 548 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Willy Brandts zweite Kanzlerschaft

Große Aufgaben in der siebenten Legislaturperiode

Vier Tage vor seinem 59. Geburtstag ist Willy Brandt zum zweiten Mal zum Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland gewählt und vereidigt worden. Anders als 1969, als die nach 20jähriger "Unions"-Herrschaft erstmalig in der westdeutschen Geschichte gebildete sozialliberale Koalition eher wie Zieten aus dem Busch die Regierung übernahm, tritt das Brandt/Scheel-Bündnis seine zweite Legislaturperiode jetzt mit einer durch gemeinsamen gute Erfahrungen geprägten Festigkeit und zudem auf einer soliden Mehrheit fußend an, die eine Staat und Volk dienende und daher fortdauernd nützliche Arbeit gewährleistet.

Die politische Landschaft der Bundesrepublik hat sich, um diesen Tatbestand noch einmal vor dem Hintergrund der Kanzler-Vereidigung mit allem Nachdruck zu betonen, durch den 19. November nun doch erheblich geändert. Ein Faktum, das jedenfalls in der Opposition ganz sicher noch nicht realisiert worden ist, wenn man die aus der CDU-Zentrale kommenden Äußerungen verfolgt, von der Münchner CSU-Zentrale ganz zu schweigen. CDU und CSU haben seit 1969 immer noch unter der selbstgewählten Maxime gelebt, daß es sich bei der Regierungsablösung um einen vorübergehenden Zustand handle, den sie spätestens bei der nächsten Bundestagswahl korrigieren könnten, wenn vorausgehende Unternehmen nicht zu diesem Ziele geführt haben sollten. Sie sind dann selbstverschuldet einer Illusion zum Opfer gefallen, und der 19. November wurde deshalb zu einem Erwachen von einer Härte, von der sich diese Parteien und ihre Führungen zweifellos noch nicht erholt

haben. Die Starrheit ihrer ersten Beschlüsse ist dafür Beweis genug.

Mit diesen dürren Worten sollte der Versuch einer Kennzeichnung der inneren Situation der Bundesrepublik zu Beginn der VII. Legislaturperiode unternommen werden. Die Aufgaben, deren Verwirklichung Bundeskanzler Willy Brandt zum zweiten Mal hintereinander übernommen hat, werden dadurch nicht leichter. Der Partei, der er Vorsitz und die heute nach Mitglieder- und WdB-Zahl die stärkste politische Organisation der Bundesrepublik ist, werden damit noch größere Pflichten und Sorgen aufgeladen, als sie in den ersten drei Jahren ihrer Regierungsverantwortung zu tragen gehabt hatte. Das verlangt aber, daß der vorgegebene gemeinsame Wille, das gemeinsam gesteckte Ziel zu erreichen: also diesen deutschen Staat zu einem sozial gerechten und sozial verpflichteten Staat zu machen, auch gemeinsam durchgesetzt wird.

Eine so traditionsreiche Partei von dieser Größe und eine Fraktion von dieser Stärke sind kein Einheitsbrei. Ohne Individual- und Gruppeninitiativen müßten Partei und Fraktion verkümmern. Aber die Grenzen sind von Programm und Ziel gezogen: deutlich und für jedermann unüberschbar. Es gibt nicht den geringsten Grund zu der Annahme, daß Partei und Fraktion am Ende der VII. Legislaturperiode ihre eigene Arbeit anders als gut beurteilen könnten. (ee/14.12.1972/ks/ee)

+ + +

Die "neue politische Mitte"

SPD/FDP-Bündnis greift auch CDU-regierte Länder an

Von Wilhelm Dröscher MdL

SPD-Landesvorsitzender und Oppositionsführer in Rheinland-Pfalz

Am Abend des 19. November, in der Stunde seines größten politischen und persönlichen Erfolges, hat Willy Brandt von der "neuen politischen Mitte" gesprochen, die diese entscheidende Weichenstellung ermöglicht habe.

Diese einprägsame Formel hat vor Millionen Fernsehzuschauern die Tatsache beschrieben, daß sich im Vorfeld, besonders aber am Tag der Wahl, ein neues politisches Kräftefeld herausgebildet hat, das nicht nur die Bundespolitik, sondern auch die Politik in den Ländern und Gemeinden in den 70er Jahren kennzeichnen dürfte.

Wie wichtig diese Arbeit in der "neuen politischen Mitte", die die Wähler von Sozial- und Freidemokraten geschaffen haben, für die Zukunft der Bundesrepublik Deutschland auch staatspolitisch sein wird, haben die Erpressungs- und Nötigungsversuche der "Unions" Rechten auf die alte politische Mitte der CDU unmittelbar nach der Wahl gezeigt.

Auch wenn die "Union" sich wieder zu einer Fraktionsgemeinschaft gefunden hat: politischer Verlaß ist vorderhand nicht mehr auf sie. Weder Sozial- noch Freidemokraten können in absehbarer Zeit in dieser "Union" einen möglichen Koalitionspartner sehen.

Vier Jahre Zeit zur Regeneration in der Opposition werden klären, ob die vielschichtigen Gruppen der bisher nur als "Wahlverein für eine Regierung" funktionierenden "Union" zu neuen politischen Inhalten findet, die das Ganze glaubhaft vertreten kann.

Da unter diesen Umständen auf Bundesebene für die CDU vorläufig wenig Erfolg zu holen ist, werden ihre Versuche, die "neue politische Mitte" auseinanderzubringen, auf die Länder verlagert

werden. Auch und gerade in Rheinland-Pfalz, wo die Parteien der sozialliberalen Koalition auf zusammen 53 vH. der Stimmen gekommen sind; die "Union" nur noch auf 45,9 vH. Damit ist eine "machbare" Ablösung der CDU in Sicht. Sie wird deshalb auch mit Nachdruck versuchen, die FDP für 1975 zu einem Bündnis in Reserve zu halten.

Der amtierende Ministerpräsident und stellv. CDU-Vorsitzende Dr. Helmut Kohl weiß, daß die Ausgangsposition für die Landtagswahl 1975 - und an ihr hängt auch sein bundespolitisches Schicksal - sich entscheidend verändert hat, auch wenn er (wie wir) in Rechnung stellen kann, daß es bis zum Wahltermin noch mehr als zwei Jahre sind, und daß gerade um die Halbzeit der Bundespolitik erfahrungsgemäß den Bonner Oppositionsparteien leichter Aufwind zukommt.

Aber die "neue Mitte" - bestehend aus einer SPD, die sich als Volkspartei der linken Mitte empfindet, und aus Liberalen, die ihre Chance, fortschrittliche Politik mit den Sozialdemokraten machen zu können, erkannt haben - ist auch in den Ländern eine realisierbare Zielvorstellung. Wir wollen die vorhandenen Elemente pfleglich behandeln, sie ausbauen und zu festigen versuchen. Wir werden allen Versuchen entgegentreten, die darauf hinauslaufen, das neue politische Kräftefeld zu diffamieren. Ein solches Unterfangen dürfte allerdings schon deshalb wenig erfolgversprechend sein, weil in den Ohren jener Arbeitnehmer, Katholiken, Frauen und jungen Wähler, die den Erfolg vom 19. November für SPD und FDP begründeten, demagogisches Gerede gegen Sozialdemokraten und Liberale jeden Schrecken verloren und eher Hoffnungen - auf mehr Ausgleich und Gerechtigkeit - geweckt haben.

Und bleiben wird der soziologische Trend einer sich auch auf dem flachen Land entwickelnden nachindustriellen Gesellschaft, der unsere politische Situation ständig zu stärken in der Lage ist. Dem entgegenwirken könnte nur eine CDU, die von ihren politischen Inhalten her moderne Politik nicht nur verbal, sondern mit Taten machen will. Dazu aber bedürfte es der Sprengung der jetzigen Strukturen dieser überwiegend konservativen Partei, d.h. ihrer Trennung von den wirtschaftlich Mächtigen und den Verteidigern der Privilegien. Dafür besteht wenig Aussicht.

Von daher haben wir den Wind im Rücken. Im Bund und in den Ländern.

(-/14.12.1972/bgy/ex)

+ + +

Gute Erfahrungen mit ausländischen Lehrern

Erfolgreiches Experiment in der Hansestadt Bremen

Von Moritz Thape

Senator für Bildung, Wissenschaft und
Kunst der Freien Hansestadt Bremen

Mit dem Experiment, ausländische Lehrer einzustellen, haben wir in der Hansestadt Bremen seit zwei Jahren gute Erfahrungen gemacht. Der große Mangel an Lehrern auf dem naturwissenschaftlichen Gebiet ist Ausgangspunkt für den Versuch gewesen, ausländische Pädagogen einzustellen. Mit dem Kontakt zu diesen Lehrern haben wir gute Ergebnisse erzielt, und wir hoffen, daß auch die Lehrer gute Erfahrungen in der Hansestadt gesammelt haben.

Von den ausländischen Lehrern, die an Bremer Schulen unterrichten, kommen 22 aus den Vereinigten Staaten, einer aus Kanada sowie 13 aus England. Sie haben eine abgeschlossene akademische Ausbildung, genügend deutsche Sprachkenntnisse und erteilen Unterricht in Naturwissenschaften und Mathematik an Bremer Gymnasien. Außerdem unterrichten an Bremer Schulen seit Beginn dieses Schuljahres elf Pädagogen aus der Türkei sowie einer aus Jugoslawien die Kinder von ausländischen Arbeitnehmern, denen die Integration erleichtert werden soll.

Die Pädagogen aus Übersee sind Angestellte mit Zwei-Jahres-Vertrag, während die Lehrer vom Kontinent für ein Jahr jeweils vertraglich verpflichtet wurden. Die Verträge können natürlich beliebig verlängert werden. Um den Lehrermangel weiter abzubauen, streben wir an, weitere ausländische Lehrkräfte in den Schuldienst einzustellen. Wir wünschen uns daher, daß zum nächsten Schuljahr weitere Bewerbungen von ausländischen Lehrern eingehen.

Die Bewerber werden insbesondere auf folgende Voraussetzungen

hin geprüft: Ausgewiesene fachliche Qualifikation, Unterrichtserfahrung an Oberschulen und Fähigkeit, in deutscher Sprache zu unterrichten.

Bei der Anwerbung und Einstellung amerikanischer Lehrer im Jahre 1971 haben die Schulverwaltungen in Bremen und Hamburg ständig miteinander Erfahrungen ausgetauscht. Mit 18 Lehrern aus den USA sind ab September 1971 für zwei Jahre Angestellten-Arbeitsverträge geschlossen worden. Beide Seiten behielten sich dabei eine sechsmonatige Probezeit vor. Die Lehrer wurden umfassend mit dem Bremer Bildungswesen vertraut gemacht. Für sie wurde ein Einführungskurs im Schulpraktischen Institut der Freien Hansestadt Bremen veranstaltet. Bereits während des Einführungskurses nahmen die Pädagogen in den ihnen zugewiesenen Gymnasien als Hospitanten am Unterricht teil. Sie übernahmen später schrittweise selbständigen Unterricht. Von den 1971 eingestellten amerikanischen Lehrern unterrichten zu Beginn des Schuljahres 1972/73 in der Hansestadt noch 12.

Die zweite Gruppe, nämlich elf weitere amerikanische Lehrkräfte, traf zu Beginn dieses Schuljahres in der Hansestadt ein. Auch hierbei handelt es sich um Naturwissenschaftler und Mathematiker. Bereits die Lehrer der ersten Gruppe gründeten den "Verein der Amerikaner zu Bremen e.V." und wählten sich einen Präsidenten, der gleichzeitig als Sprecher der Gruppe gegenüber der Schulverwaltung fungiert. Dieses Amt übt der Pädagoge Marvin Binstock aus. (-/ 14.12.1972/ks/ex)

+ + +

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

"Zuerst das Reich Gottes"

Unter diesem Titel veröffentlicht "Der schwarze Brief/Vertrauliche Informationen aus Kirche und Politik" (Lippstadt/Kolpingstraße 5-9) am 8. Dezember 1972 aus der Feder von Dr. Franz Gypkens einen "Leitartikel", den wir wörtlich veröffentlichen, um einem möglichst breiten Leserkreis dieses erstaunliche Dokument zur Kenntnis zu geben.

"Die SPD konnte nicht gewinnen ohne die Stimmen der Katholiken. Eine größere Zahl katholischer Stimmen war nicht möglich ohne politisches Engagement eines Teiles des Klerus für die SPD. Der überzeugende Wahlsieg der SPD ist von den politisierenden kath. Geistlichen zu verantworten, wenn auch mancherlei andere taktische Fehler der Union mitgeholfen haben. Diese Priester und Theologiestudenten werden für die zangsläufig folgende Linksdiktatur mit ihrer konsequenten Laisierung des Lebens und ihrem kämpfenden Gottlostum nicht nur vor dem deutschen Volk, sondern vor Gott geradestehen müssen.

Es mag sein, daß die betroffenen Priester glaubten, die sozialen Belange der ärmeren Schichten unseres Volkes seien bei der SPD besser gesichert, eine These, die allerdings noch des Beweises bedarf. Eine Partei, die sich um soziale Reformen gar nicht kümmert, hätte heute keinerlei Aussicht auf Stimmen. Wer das bessere Programm in Ziel und Tempo hat, das zu beurteilen verlangt hohe Sachkenntnis und ein von Emotionen freies Urteil. Aus dieser Frage könnte und sollte sich ein Priester heraushalten. Die Predigt der christlichen Gerechtigkeit und Liebe ist sein Beitrag zur Reform und schafft die Basis für eine bessere Welt. So haben es schon die Apostel und die Väter der Urkirche gehalten. Der direkte Eingriff über aktive Parteipolitik ist Mißbrauch des Amtes und eine Einmischung in den Bezirk, der dem katholischen Laien als Eigenaufgabe zukommt. Es ist geradezu eine Umkehrung der Aufgaben, wenn

man Laien predigen und Priester Politik machen läßt.

Schwerwiegender ist die Frage, warum diese Priester ausgerechnet SPD-Politik machen. Sie wissen als gebildete Menschen, daß die SPD weltanschaulich auf dem Atheisten Karl Marx aufbaut. Wenn sie es wissen wollen, können sie auch wissen, daß die weltanschauliche Neutralität des sogen. Godesberger Programms längst im Müllleimer ist. Fristenlösung, Pornoförderung, Druck gegen private Wohlfahrt - sprich Caritas und private Krankenhäuser und kath. Schwestern - sind klare Indizien. Die Fühler zur kath. Kirche waren nicht etwa Angebote zur gemeinsamen Arbeit zum Wohl der sozial Schwachen, sondern ausgesprochene Wahltaktik mit Versprechen, deren Einlösung kein vernünftiger Mensch erwartet.

Wer es wissen will, kann auch wissen, daß die SED nicht aus den Kommunisten, sondern aus den Sozialdemokraten entstanden ist, die keinerlei Maske tragen und den Kirchenkampf mit aller Energie führen. Wenn diese Dinge zweitrangig erscheinen gegenüber Themen wie Mitbestimmung, Lohnerhöhung, Neuverteilung des Eigentums usw., hat einfach die Wertordnung des gläubigen Christen verlassen. 'Suchet zuerst das Reich Gottes und Seine Gerechtigkeit', ist die unmißverständliche Formulierung des Evangeliums für christliche Wertordnung. Eine Partei, die damit nichts anzufangen weiß, ist einfach nicht wählbar, selbst wenn sie sozial und politisch vertretbare Vorteile verspricht.

Aber hier liegt ja das Übel. Wir haben in unseren Reihen Priester, vielleicht auch Professoren, die im Christentum keine Religion mehr sehen, keine Gemeinschaft auf dem Wege zu Gott und zur Vollendung in der Ewigkeit, sondern einfach betontes und religiös verchromtes Sozialgewissen. An die Stelle Gottes ist der Mensch getreten, die jüngste Form des Götzendienstes. Jesus Christus war bereit, die Liebe zu Ihm über den Bruder Mensch anzunehmen. Diese Neuheiden gehen den umgekehrten Weg. Sie setzen den Menschen an die Stelle Christi, an die Stelle Gottes. Das ist im christlichen Gewand der Materialismus von Karl Marx. Darum die

geistige Verwandtschaft und die klerikale Propaganda für die SPD. Wenn dann noch Leute, die immer Zivil tragen, ausgerechnet für den Wahlfeldzug das römische Kollar anlegen, um vor naivem Publikum als besonders frommer und romtreuer Priester zu erscheinen und dadurch Vertrauen für die SPD zu gewinnen, dann ist das der Gipfel der Heuchelei. 'Unlauterer Wettbewerb' würde man das in der Wirtschaft nennen. Tricks sind immer bedenklich in der Arbeit eines Priesters. Wenn er gar mit dem römischen Kragen seine Parteiarbeit zu priesterlichem Tun stempelt als eine Art Verkündigung, dann entwertet dieser Priester vor urteilsfähigen Christen sein Wort auch da, wo er wirklich predigen möchte und sollte. Laien haben die Heuchelei nachgemacht. Ganze Familien, die kaum einmal die Sonntagsmesse besucht haben, erschienen auf einmal geschlossen an der Kommunionbank, um anschließend an der Kirchtüre SPD-Wahlwerbung zu machen. Gottesraub? Vielleicht objektiv, subjektiv haben sie nur etwas massiver fortgesetzt, was gewisse Priester raffiniert vorgemacht haben.

Man kann einen langen Irrweg nicht mit einer kleinen Schwankung wieder korrigieren, man muß einfach umkehren. Gefälschter priesterlicher Dienst kann nur durch Umkehr wieder in Ordnung kommen. Der Gute Hirte geht den verirrtten Schafen nach, wenn es sein muß, in die Wüste. Aber er tut nicht so, als sei er selbst ein verirrttes Schaf. Der Priester darf weder Marxist werden noch so tun, als sei er einer, um Marxisten zur Kirche zurückzuführen oder eine noch bestehende lockere Verbindung zu erhalten. Sonst gilt am Ende das Wort: "Wenn ein Blinder einen Blinden führt, fallen beide in die Grube". Der Priester muß in seiner Tätigkeit das Heil der Seelen als sein eigentliches Ziel deutlich machen. Nur so kann er glaubhaft machen, daß es im Leben jedes Menschen tatsächlich um dieses Heil geht. Erst danach kommen Werte wie Gesundheit, Bildung, Wohlstand. Wer anders einordnet, lästert das Kreuz, die klarste Darstellung, daß Gottes Wille und das Heil Werte sind, denen unter Umständen alles andere geopfert werden muß.

Wahrscheinlich müssen wieder Christen am Kreuz sterben, bis eine veräußerlichte deutsche Kirche zu Christus zurückfindet. Wenn es dann Massenabfall gibt, ist das nicht die Schuld unnachgiebiger Strenge in den Forderungen des Evangeliums, sondern jahrelanger gepredigter und vorgelebter Lauheit. Vielfach ist es doch oberstes Ziel der Moral- und Pastoraltheologie, den Menschen Möglichkeiten aufzuzeigen, wie man die Gebote anders interpretieren und das Kreuztragen vermeiden kann. Daraus ergibt sich folgerichtig ein Mitläufertum in der Richtung des geringsten Widerstandes. Christen gestalten nicht mehr das öffentliche Leben, sondern lassen sich geduldig mißbrauchen unter dem beruhigenden Zuspruch verblendeter Priester. Wir begreifen allmählich, warum wir vor Jahren einen Wink von oben erhielten, viel für die Priester zu beten."

(-/14.12.1972/ks/ex)